Recht auf gemeinsamen Unterricht zügig verwirklichen

Recht auf gemeinsamen Unterricht zügig verwirklichen

Bonner Erklärung zur inklusiven Bildung in Deutschland verabschiedet
Nach zweitägiger Beratung ist heute der bundesweite Gipfel zur inklusiven Bildung in Bonn mit einer Abschlusserklärung zu Ende gegangen. Darin fordern die rund 350 Teilnehmer, den Vorurteilen gegenüber inklusiver Bildung durch Aufklärung zu begegnen. Nur dann könnten alle Menschen unabhängig von Herkunft, Behinderung, Geschlecht und Lernbedürfnissen umfassend gefördert werden. Die Bonner Erklärung appelliert an Bund, Länder und Kommunen, die Finanzierung eines inklusiven Bildungssystems gemeinsam konstruktiv zu lösen. Eine qualitativ hochwertige inklusive Bildung sei nur möglich, wenn es die "sächliche, personelle und finanzielle Ausstattung" gebe.
Die Erklärung fordert die Bundesländer außerdem auf, gemeinsam mit den Schulträgern "in allen allgemeinen und berufsbildenden Schulen das Recht auf inklusive Bildung zu verwirklichen" - von der Barrierefreiheit über das Curriculum bis zur Aus-, Fort- und Weiterbildung von Lehrkräften. Die Vorbehalte gegenüber Inklusion in den Kinderbildungs- und Schulgesetzen seien zügig aufzuheben, heißt es weiter. Die Bundesländer sollten zudem einen Aktionsplan zur Umsetzung von inklusiver Bildung gemeinsam mit der Bundesregierung, den Kommunen, der Wissenschaft und der Zivilgesellschaft entwickeln.
Die Erklärung betont, dass eine inklusive Bildung von der frühen Kindheit bis ins Erwachsenenalter sichergestellt sein soll. Auch die Barrieren in der Berufswelt seien abzubauen. Die Bundesregierung wird dazu aufgefordert, "Inklusion im Dialog mit der Wirtschaft in der betrieblichen Aus- und Weiterbildung umzusetzen". Zahlreiche Fachleute der deutschen Bildungslandschaft hatten an dem Gipfel der Deutschen UNESCO-Kommission teilgenommen, darunter Politiker, Wissenschaftler, Schulträger, Lehrkräfte, Eltern und Schüler.
Kooperationspartner des Gipfels waren die Aktion Mensch, die Bertelsmann Stiftung, das Bildungs- und Förderungswerk der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, das Deutsche Institut für Menschenrechte, die Heidehof Stiftung, die Montag Stiftung Jugend und Gesellschaft und die Stadt Bonn. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales und die Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland unterstützten den Gipfel zur inklusiven Bildung.

Deutsche UNESCO-Kommission e.V.
Colmantstraße 15
53115 Bonn
Telefon: +49 (0)228-60497-0
Telefax: +49 (0)228-60497-30
Mail: info-bibliothek@unesco.de
URL: http://www.unesco.de/home.html
<img src="http://www.pressrelations.de/new/pmcounter.cfm?n_pinr_=560317" width="1" height="1">

Pressekontakt

Deutsche UNESCO-Kommission e.V.

53115 Bonn

unesco.de/home.html
info-bibliothek@unesco.de

Firmenkontakt

Deutsche UNESCO-Kommission e.V.

53115 Bonn

unesco.de/home.html
info-bibliothek@unesco.de

Deutsche UNESCO-KommissionDie UNESCO - Sonderorganisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft und Kultur - sieht als einziges UN-Organ die Einrichtung von Nationalkommissionen vor. Sie beraten ihre Mitgliedstaaten und leisten im Rahmen des UNESCO-Mandats einen aktiven Beitrag zur internationalen Zusammenarbeit. Die Nationalkommissionen sind in den 195 Mitgliedstaaten die zentrale Schnittstelle zwischen Staat, Zivilgesellschaft und der UNESCO.Die Deutsche UNESCO-Kommission (DUK) ist Deutschlands Mittlerorganisation für multilaterale Politik in Bildung, Wissenschaft, Kultur und Kommunikation. Als Teil der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik trägt die DUK zur Verständigung zwischen den Kulturen und zur vertrauensvollen Zusammenarbeit zwischen Deutschland und seinen Partnern bei. Ihre Aufgabe ist es, die Bundesregierung, den Bundestag und die übrigen zuständigen Stellen in allen Fragen zu beraten, die sich aus der Mitgliedschaft der Bundesrepublik Deutschland in der UNESCO ergeben. Dazu stützt die DUK sich auf ein Netzwerk von Expertinnen und Experten sowie Institutionen und Verbänden, die daran mitarbeiten, die Ziele der UNESCO zu erreichen. Die DUK bringt Expertise aus Deutschland in die Sonderorganisation der Vereinten Nationen ein und stärkt damit die deutsche Stimme in der UNESCO. Zugleich vermittelt sie die Ziele und Projekte der UNESCO in der deutschen Politik, Fachwelt und Öffentlichkeit und trägt zu einer weltoffenen Wissensgesellschaft in Deutschland bei.Die DUK setzt sich für die in der UNESCO-Verfassung niedergelegten Werte ein: Sie arbeitet in der Überzeugung, dass "Friede ? wenn er nicht scheitern soll ? in der geistigen und moralischen Solidarität der Menschheit verankert werden muss." Die internationale Zusammenarbeit in allen Bereichen des geistigen Lebens über kulturelle und politische Grenzen hinweg ist Grundlage für eine human gestaltete Globalisierung.